



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 389 Anfrage Candan Hasan und Mit. über das World Economic Forum im Raum Luzern-Bürgenstock / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Die Anfrage A 389 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Die Anfrage A 389, die Anfrage A 392 von Ursula Berset über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Durchführung des World Economic Forum (WEF) auf dem Bürgenstock auf den Kanton Luzern sowie das Postulat P 395 von Samuel Zbinden über kein WEF mit unseren Steuergeldern werden als Paket behandelt.

Hasan Candan ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Ursula Berset ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden und verlangt Diskussion. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 395 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Samuel Zbinden hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Gerne nehme ich Bezug zu einigen Antworten der Regierung zu meiner Anfrage. In der Antwort zu Frage 1 spricht die Regierung davon, dass die Corona-Krise wahrscheinlich noch nicht vorbei sein wird, wenn das WEF stattfindet. Ich finde es deshalb falsch, wenn im Zusammenhang mit dem WEF immer nur von Chancen gesprochen wird, denn dies zeigt auch, dass es erhebliche Risiken birgt, das WEF in der Region Bürgenstock durchzuführen. Wir laufen in eine zweite Welle hinein, und die SP fragt sich, ob es sinnvoll ist, in der jetzigen Zeit einen solchen Anlass durchzuführen, wenn wir noch nicht wissen, wie die Lage im nächsten Jahr sein wird. Es ist auch ein gewisser Widerspruch, wenn wir in der momentanen Situation alle Anlässe der Zivilbevölkerung absagen, aber gleichzeitig das WEF durchführen. Zur Antwort zu Frage 2: Es werden einige umstrittene Personen am WEF teilnehmen. Liegt es wirklich im Interesse der Bevölkerung, zu diesem Zeitpunkt einer Elite den Hof zu machen, wenn wir eigentlich jetzt alle unsere Ressourcen mobilisieren müssten, um den Menschen in diesem Kanton zu helfen? Ist nicht «Luzern first» das Credo? Wir haben gestern das Budget und den Voranschlag besprochen, und wir haben gemerkt, in was für einer schwierigen Situation wir stecken. Es fehlt an vielem überall. Der Lohn für die Kulturschaffenden kann nicht nur aus Applaus bestehen, sie müssen auch von etwas leben. In den Gesundheitsbereichen haben wir hohe Herausforderungen und kein Geld. Für das WEF ist aber plötzlich Geld da – für etwas, für das wir erst an zweiter Stelle sorgen sollten. Für die SP kommen in diesen Zeiten die Luzernerinnen und Luzerner zuerst. Hier nehme ich Bezug auf die Anfrage A 392. Die Regierung geht offenbar davon aus, dass ein Nachtragskredit nötig sein wird. Ich finde es zudem schwierig, dass die Stadt Luzern, die massgeblich von diesem Anlass betroffen sein wird, nicht von Anfang an mit eingebunden wird. Wir müssen zuerst für die Luzerner Bevölkerung sorgen und versuchen, die Kosten für

das WEF so tief wie möglich zu halten. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion das Postulat von Samuel Zbinden.

Ursula Berset: Ich danke der Regierung für die detaillierte Beantwortung meiner Fragen. Wir verstehen, dass der Aufwand für den Kanton in Franken und die Belastung der kantonalen Angestellten heute noch nicht beziffert werden können, weil die Vorbereitungsarbeiten und Verhandlungen derzeit noch laufen. Wir erwarten aber auch, dass der Regierungsrat zeitnah und transparent über die Ergebnisse der Abklärungen und Verhandlungen informiert. Hasan Candan hat in seinem Vorstoss kritische Fragen zur Durchführung des WEF auf dem Bürgenstock gestellt. Ich kann dazu sagen, dass die GLP-Fraktion die Einschätzung des Regierungsrates teilt und auch das wirtschaftliche Potenzial des WEF für die Region sieht. Die Hotellerie und die lokale Veranstaltungsbranche werden sicher für eine bis zwei Wochen gute Aufträge erhalten. Aber ich darf auch sagen, dass wir uns nicht vor Begeisterung überschlagen haben, als die Zusage für den Bürgenstock bekannt wurde. Die globalen Führungspersonen von Wirtschaft und Politik, die normalerweise in Verbindung mit dem WEF genannt werden, zeichnen sich nicht gerade durch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt aus oder durch ein nachhaltiges Wirtschaftshandeln. Trotzdem, das WEF ist privat organisiert. Der Durchführungsort steht fest, sofern das WEF Ende Mai 2021 überhaupt stattfinden kann. Dem Kanton bleibt nun die Gelegenheit zu nutzen und sich – soweit möglich – vor und hinter den Kulissen für wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit einzusetzen. Die Forderungen des Postulats P 395 lehnen wir ab. Wir nehmen den Kanton in die Pflicht, die Kosten insgesamt und den Anteil des Kantons möglichst gering zu halten. Ebenso soll er sich dafür einsetzen, die Einschränkungen möglichst gering zu halten. Wir sind aber auch der Ansicht, dass die Wirtschaft im Kanton von diesem Anlass direkt profitieren wird und dass die Tourismus- und Kongressregion Luzern mehr Bekanntheit erhalten und somit indirekt profitieren wird. Somit ist es auch gerechtfertigt, dass der Kanton einen Teil der Kosten übernimmt.

Samuel Zbinden: Das WEF soll im nächsten Jahr in den Kanton Luzern kommen. Voller Freude hat die Regierung diese Meldung vor einigen Wochen bekannt gegeben. Diesen Entscheid kann ich nicht verstehen und deshalb die Freude nicht teilen. Das WEF, ein völlig überholter und harsch kritizierter Anlass, soll in dieser aktuellen Situation nach Luzern kommen. Das alles wird mit dem sogenannten wirtschaftlichen Potenzial begründet, welches das WEF mit sich bringt. Schauen wir uns doch die Zahlen genauer an. Laut einer Studie der Universität St. Gallen beträgt die Wertschöpfung für den Austragungsort jeweils etwa 60 Millionen Franken. Wir gehen davon aus, dass das WEF im nächsten Jahr im Umfang eines Drittels stattfinden wird, positiv gesehen können wir vielleicht die halbe Wertschöpfung erreichen, also etwa 30 Millionen Franken. Es sind zwei Veranstaltungskantone. Ein grosser Teil wird Nidwalden zufallen, vielleicht erhält der Kanton Luzern die Hälfte, also 15 Millionen Franken. Diese fliessen nicht einfach in die Staatskasse. Der allergrösste Teil dieser Wertschöpfung wird in die Privatwirtschaft fliessen und nicht einfach in unsere breite KMU-Wirtschaft, sondern in einige wenige Hotelketten, in einige wenige Luxusgastrobetriebe und ein sehr grosser Teil in den katarischen Staatsfonds. Wo hier der Profit für die Luzerner Wirtschaft liegt, ist fraglich. Ein kleiner Teil wird wohl in Form von Gewinnsteuern wieder zurück an die Bevölkerung des Kantons Luzern fliessen. Dafür müssen aber zuerst einmal Gewinne erwirtschaftet werden. Wenn man davon ausgeht, dass mit diesen 15 Millionen Franken ein satter Gewinn gemacht wird, also zum Beispiel 10 Prozent, dann sind wir noch bei 1,5 Millionen. Mit der mageren Gewinnsteuer, die wir im Kanton Luzern haben, wären am Schluss noch 40 000 Franken Steuereinnahmen für den Kanton Luzern möglich. Auch wenn ich mich jetzt mit dieser Rechnung komplett verschätzt habe, auch wenn es 50 000 oder 200 000 Franken sind, so steht dies in einem krassen Missverhältnis zu den grossen Kosten für die Sicherheit, die auf uns zukommen. 8 Millionen Franken Sicherheitskosten für das WEF waren es letztes Jahr, etwa einen Achtel wird der Kanton zahlen müssen. Wir werden also über 1 Million Franken für die Sicherheit ausgeben müssen. Ich teile die Einschätzung der Luzerner Regierung nicht, dass wegen des kleineren Umfangs weniger Sicherheitskosten auf uns zukommen. Erstens ist die Region Luzern viel schwieriger

abzuriegeln als Davos, und zweitens ist es wegen Corona sicher nicht einfach, kleinere Sicherheitskosten zu haben. Ich bezweifle, dass die Rechnung am Schluss aufgehen wird. Sie werden sagen, dass das eine Milchbüchleinrechnung ist. Dann wäre ich froh, wenn Sie mir Ihre Rechnung zeigen. Auch wenn es ein wenig mehr ist, wirklich gut werden wir dabei nicht herauskommen. Es wird auch gesagt, entscheidend sei der unermessliche Wert für das Image der Tourismusregion Luzern. Diesen Wert bezweifle ich stark. Das WEF steht seit Jahrzehnten stark in der Kritik. Ganz viele Menschen verstehen nicht, dass wir für das Pflegepersonal nur klatschen, den Herren Trump, Bolsonaro und Netanjahu aber den Teppich ausrollen. Ist es denn wirklich gut für das Image des Kantons Luzern, wenn wir mitten in einer Pandemie eine derart undemokratische Veranstaltung, geprägt von blumigen Worten und Hinterzimmerdeals, zulassen? Wir zahlen sehr viel Geld für die Durchführung einer Veranstaltung, obwohl die Organisatoren durchaus die finanziellen Mittel hätten, um diese selber zu bezahlen. Das WEF hat ein Vermögen von mehreren 100 Millionen Franken. Dies alles mitten in einer Pandemie, wo wir sowieso schon auf das Geld schauen müssen. Die Veranstaltung hat für den Kanton Luzern ein grauenhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Ich bitte Sie, unserem Postulat zuzustimmen, auch wegen der angeschlagenen Luzerner Finanzen.

Carlo Piani: Für die CVP bietet die Anfrage der Organisatoren des WEF eine sehr grosse Chance für den Kanton Luzern und die Zentralschweiz, und sie wird durch die CVP grundsätzlich unterstützt. Die aktuellen abschätzbaren Chancen überwiegen und lassen eine kleine Aufbruchsstimmung aufkommen. Die Risiken müssen gut abgewogen und die finanziellen Auswirkungen nicht nur auf der Ausgabenseite unter die Lupe genommen werden. Jetzt bereits alle Schreckensszenarien heraufzubeschwören, ist nicht seriös und schadet einer fundierten Aufarbeitung der Anfrage des WEF. Die weltweite Medienpräsenz und die damit verbundenen Aufmärsche von Interessierten sind für die stark unter Druck geratenen Unternehmen in der Event- und Kongressbranche, aber auch für die Tourismus- und Gastronomiebranche eine grosse Chance und ein Lichtblick in diesem Corona-Tunnel. Die positiven Effekte, die daraus entstehen, sind denn auch das, was die angeschlagene Wirtschaft in Luzern und der Zentralschweiz braucht. Die Chancen, dass sich der Kanton Luzern nicht nur im Rahmen kultureller Grossveranstaltungen profilieren kann, sondern auch für weltpolitische Treffen ein Standort ist, müssen wir wahrnehmen und ergreifen. Die Gelegenheit wird so schnell nicht mehr kommen. Die Erfahrungen der bisherigen Treffen in Davos zeigen, dass die Veranstaltung mit grösster Sorgfalt vorbereitet werden muss. Für die CVP ist klar, dass in den ersten Abklärungen all die aufgeworfenen Fragen abschliessend beantwortet werden müssen. Das ist jetzt aber noch nicht möglich. Die Beteiligung an den Kosten muss auch aus unserer Sicht geklärt werden. Bei der angestrebten Zusammenarbeit der Regierung mit den Behördenvertreterinnen und -vertretern, mit Tourismus- und Wirtschaftsleuten, mit dem Kanton Nidwalden, dem «Bürgenstock Resort» und den Organisatoren können diese Schnittstellen angesprochen und organisatorische und finanzielle Herausforderungen thematisiert werden. Eine vorauseilende Ablehnung dieses Treffens in unserer Region erachtet die CVP als übertrieben. Aufgrund der Corona-Pandemie wird die Austragung im Raum Luzern-Bürgenstock-Nidwalden in einer reduzierten Form stattfinden und nicht Davoser Dimensionen erreichen. Lassen wir die Regierung mit den Beteiligten die Abklärungen machen, und geben wir dem politischen Ablauf den nötigen Raum. In diesem Sinn bedanken wir uns für die Antworten auf die Anfragen A 389 und A 392. Die Stellungnahme zum Postulat P 395 können wir nachvollziehen und unterstützen die Ablehnung. Nehmen wir die Chance wahr, Luzern wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich aus dem Corona-Schlaf zu wecken.

Heidi Scherer: Ein Glas ist zur Hälfte gefüllt. Ist es jetzt halb leer oder halb voll? Für Pessimisten ist es halb leer, für Optimisten ist es halb voll. Genau so kommen mir die Diskussionen über das WEF auf dem Bürgenstock vor. Die einen sehen das weltweit ausstrahlende Ereignis als Chancen für unsere Region, für unsere Wirtschaft, für unseren Tourismus. Die anderen sehen vor allem das Risiko, sie zweifeln am generellen Nutzen, an den Kosten, kritisieren die möglichen Einschränkungen der Luzerner Bevölkerung und stören

sich grundsätzlich an den Teilnehmenden. Die FDP schaut vorwärts. Wir stehen ein für Innovation, Zukunftsglauben und Fortschritt. Wir sind grundsätzlich optimistisch. Das WEF ist in der Zentralschweiz willkommen, es ist bei uns willkommen. Nicht nur die Hotellerie, die Gastro- und die Veranstaltungsbranche begrüssen Impulse, sondern auch viele vor- und nachgelagerte Gewerbebetriebe. Es ist falsch, wenn hier Kritiker «Badwill» schaffen. «Goodwill» ist angesagt. Die in den beiden Vorstössen gestellten Fragen sind berechtigt, teilweise tendenziös und vor allem aus Sicht des Pessimisten, der das Glas als halb leer betrachtet. Die Antworten des Regierungsrates sind nachvollziehbar und klar. Sie geben darüber Auskunft, was Stand heute bekannt ist oder überhaupt bekannt sein kann. Das Hauptrisiko ist heute wohl, dass das WEF aufgrund von Corona nicht durchgeführt werden kann, und natürlich muss das Parlament in Bern und auch im Kanton Luzern und in Nidwalden den noch zu definierenden Kostenbeitrag gutheissen. Das Postulat P 395 lehnt die FDP wie die Regierung klar ab. Jede Veranstaltung kann zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit während einer bestimmten Zeit führen. Die Luga auf der Allmend, das «Blueballs» am Quai und auf dem Europaplatz, die Fasnacht in der Altstadt und auf der Seebücke, die Matchbesucher am Bahnhof, Schwingfeste, die Mäas auf dem Inseli, die Gansabhaut in Sursee und auch bewilligte und vor allem nicht bewilligte Demonstrationen. Das liegt in der Natur der Sache, dass Raum bei Veranstaltungen besetzt ist und nicht allen zur Verfügung stehen kann. Dass das wirklich einer Verminderung der Lebensqualität der Bevölkerung gleichkommen soll, scheint uns etwas übertrieben. Gerade in der jetzigen Situation gibt es offensichtlich andere Gründe, welche die Lebensqualität einschränken. Auch bei den erwähnten Anlässen entstehen Kosten, die mit Steuergeldern bezahlt werden müssen. Das WEF dauert vier Tage und hat eine weltweite Wahrnehmung und Ausstrahlung. Wir müssen die Chance für eine touristische und nachhaltige Positionierung unserer Wirtschaft, unseres Tourismus und unserer Angebote nutzen. Selbstverständlich sind auch private Investitionen und eine Public-private-Partnership erwünscht.

Marcel Omlin: Obwohl auf Facebook von linker Seite vermutet wurde, ich sei wahrscheinlich auch zu diesem «Bonzenanlass» eingeladen, habe ich bis heute noch keine Einladung erhalten. Die wirtschaftlichen Komponenten sind ganz klar aufgezeigt worden, da muss ich nichts mehr dazu sagen. Die Regierung ist in ihren Antworten sehr ausführlich. Ich staune, dass man nach heutigem Stand schon so viel sagen kann. Das Abriegeln des Bürgerstocks geht sehr gut, man macht die Honegg und oberhalb von Fürigen zu. Da es im Mai stattfindet, können wir noch mit unseren alten Tigern die Luftraumsicherheit sicherstellen. Es braucht sicher grosse Aufwendungen im Bereich des Militärs. Die Luftlinien müssen geändert werden, denn wir liegen innerhalb der wichtigsten Hauptverkehrsachse der Zivilluftfahrt. Die ganze Fliegerabwehr-Doktrin muss geändert werden. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden und auch mit den anderen Konkordatskantonen, mit den Bundesstellen und weiteren Beteiligten ist zu fördern. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Reden wir doch nicht alles schon schlecht. Ich staune, dass Samuel Zbinden schon weiss, dass Donald Trump kommen wird. Er ist noch nicht wiedergewählt. Ob Bolsonaro mit der Pandemie in Brasilien kommen wird, ist auch nicht sicher. Wer sonst noch kommt, werden wir sehen. Vielleicht wird es ja auch nicht durchgeführt. Die internationale Ausstrahlung für Luzern und die Tourismusregion Zentralschweiz ist unbezahlbar, und bei der Kostenbeteiligung wird man sich noch entsprechend einigen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat P 395 ab. Die SVP schaut nach vorn und packt jede Chance beim Schopf.

Simone Brunner: Einen privaten Anlass für Menschen, welche über mehr Macht, mehr Reichtum und mehr Einfluss verfügen als 99,9 Prozent der Menschen dieser Welt, wollen wir respektive will die Regierung auf den Luzerner Boden holen und diesen sogar noch mit unseren Steuern mitfinanzieren. Dazu sage ich aus ideologischer Überzeugung Nein, denn aus meiner Sicht hat dies nichts damit zu tun, ob das Glas halb leer oder halb voll ist. Nun zur Realpolitik: Leider fallen die Antworten der Regierung zu den Fragen rund um die Kosten sehr mager aus. Ich kann jedoch verstehen, dass man erst am Anfang der Planung ist. Aber wenn man zur Durchführung eines solchen Events Ja sagt, ohne zu wissen, was er wirklich kosten wird, nenne ich dies einen Blindflug. Diesen finanziellen Blindflug können wir uns

nicht leisten. Auf den Kanton Luzern werden Kosten in Millionenhöhe zukommen, um die Sicherheit der Elite dieser Welt zu garantieren. Dieses Geld geben wir in einer Zeit aus, in der die finanzielle Situation ganz vieler Menschen und Betriebe sehr angespannt ist. Es stellt sich hier eine Grundsatzfrage: Wem geben wir dieses Geld, und wofür geben wir es aus? Aus meiner Sicht sollte dieses für die Luzerner Bevölkerung sein, und deshalb stimme ich dem Postulat P 395 aus Überzeugung zu. Das WEF wird für einige Tage die Kassen der Gastronomie, der Hotellerie und ihrer Zulieferer und weiterer Akteure natürlich klingeln lassen. Das ist das einzig Positive, das ich diesem Anlass abgewinnen kann. Die finanzielle Nachhaltigkeit dieses Anlasses wird meiner persönlichen Einschätzung nach massiv überschätzt. Es wird mit Zahlen des WEF in Davos operiert, basierend auf einer Studie der HSG. Wo die HSG ideologisch anzusiedeln ist, ist wohl klar. Die Zahlen werden für unsere Region deutlich tiefer sein. Ein Appell zum Schluss: Lassen Sie sich nicht von den präsentierten Zahlen zum volkswirtschaftlichen Nutzen blenden und Sand in die Augen streuen. Bleiben Sie kritisch, und stellen Sie Fragen. Wir werden heute wohl nicht das letzte Mal über das WEF sprechen.

Josef Wyss: Wir haben die einmalige Chance, Luzern ins Schaufenster der Welt zu stellen. Die arg gebeutelte Tourismusbranche in Luzern und in der Innerschweiz bekommt mit diesem Anlass einen Hoffnungsschimmer. Ob der Anlass wegen der Corona-Pandemie dann wirklich abgehalten werden kann, wissen wir nicht, da gebe ich Hasan Candan recht. Wir wissen aber, dass wir mit der Organisation nicht zuwarten können, bis wir Klarheit über die Corona-Entwicklung haben. Jetzt können wir unsere Energie dahingehend verwenden, dass der Anlass perfekt organisiert wird, damit wir dann auch den Nutzen ernten können. Oder wir können alles schlechtreden und nur über Risiken und Einschränkungen diskutieren. Klar brauchen wir ein Risikomanagement, aber ich glaube, das weiss unsere Regierung, spätestens nach dieser Diskussion. Die wirtschaftlichen Aussichten sind coronabedingt eingetrübt, ja sogar düster, das haben wir gestern deutlich zu spüren bekommen. Überall rufen wir den Staat dazu auf, uns und unsere Wirtschaft zu unterstützen. Das ist gut so und wohl unumgänglich. Wir sollten aber auch etwas weiter in die Zukunft schauen. Wir brauchen Impulse, beispielsweise für unsere Tourismuswirtschaft. Jetzt kriegen wir ein Schaufenster in die Welt, und wir müssen nur noch unsere wunderbare Region da hineinstellen – mehr nicht. Gute und erfolgreiche Unternehmen zeichnen sich dahingehend aus, dass sie richtige Opportunitäten aufspüren und diese zu kommerzialisieren wissen. Ein weitsichtiger und erfolgreicher Kanton ist genauso aufgerufen, Chancen zu packen, wenn sie da sind. Investieren wir unsere Energie, damit wir mit einem WEF auf dem Bürgerstock den maximalen Nutzen für unsere Region und die Wirtschaft generieren können. Chancen packen und Risiken managen, das ist das Credo. Ich freue mich wegen dieses Anlasses auf jeden Fall bereits jetzt für den Kanton Luzern.

Jonas Heeb: Wenn man hier zuhört, muss man sich schon fragen, warum kritische Fragen gestellt werden, wenn das WEF für Luzern so gut ist. Ich schöpfe gerne noch ein wenig aus dem halbleeren Glas von Heidi Scherer. Das WEF ist die Verkörperung der Politik- und Wirtschaftsweise, welche global Armut, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Umweltzerstörung vorantreibt. Ich bin nicht bereit, das einfach so hinzunehmen, wenn die institutionelle Politik kaum einen kritischen Gedanken dazu wagt, sondern sich gleich wieder mit Schlagworten wie «Wirtschaftsstandort», «Reputation» oder «Imagegewinn» schmückt und sich die rosarote Brille aufsetzt. Es wird völlig ignoriert, was für Personen am WEF teilnehmen und was diese dort machen. Zum Thema Bewegungseinschränkung: Die Fasnacht, das Luzerner Fest und Jodlerfeste sind Festveranstaltungen für die Bevölkerung. Alle können daran teilnehmen, man kann ihnen aber auch fernbleiben, wenn man keine Lust darauf hat. Kundgebungen und Demonstrationen sind Ausdruck der Meinungsfreiheit und ein legitimes politisches Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Das WEF hingegen ist eine Veranstaltung, zu der man diverse Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Politik einlädt, damit sie sich die Hände schütteln, sich auf die Schultern klopfen und ihre Politik weiterführen können. Die Bevölkerung erhält keinen Zutritt, und doch muss diese mit dem Trubel rundherum leben. Dieser Vergleich hinkt meiner Meinung nach gewaltig. Kritisch sehe

ich auch die Ausführungen zum Thema Klima. Das WEF kann noch so ökologisch gestaltet werden, die klimaschädliche Politik bleibt die gleiche. Auch wenn die Hotels auf dem Bürgenstock mit nachhaltiger Energie betrieben werden, bezweifle ich stark, dass der katarische Staatsfonds, in den das Geld der Hotels fliesst, dieses in nachhaltige Energiequellen und in den Klimaschutz investiert. In Zeiten, in denen das unterbezahlte Pflegepersonal am Limit ist, in denen viele Leute unter Arbeitslosigkeit leiden und ihre Geschäfte schliessen müssen, in denen die Zukunft vieler arbeitender Menschen ungewiss ist, ist es einfach falsch, so viel Geld in einen solchen Event zu investieren. Ich störe mich auch an dem Argument, dass das WEF angeblich den durch Corona geschädigten Betrieben viel helfen soll. Bei den grossen, sowieso gut betuchten Betrieben wird das vermutlich der Fall sein, aber ein Erdogan wird nicht ins «Mill'Feuille» essen gehen, danach in der «Schüür» ein Konzert anhören und dann in der Jugendherberge übernachten. Auch dieser Vergleich hinkt. Solange das WEF so funktioniert, wie dies aktuell der Fall ist, werde ich mich immer mit bestem Gewissen dagegen wehren. Generell finde ich es eine Heuchelei, wenn man sagt, die Bevölkerung müsse zusammenhalten und sich an die Corona-Massnahmen halten, und dann trotzdem eine solche Grossveranstaltung wie das WEF hierher holt. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Sara Muff: Jedes Jahr werden wir Zeugen eines der kostspieligsten Theater der Welt, in dem auf der Bühne über Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit gesprochen wird und wo uns vorgegaukelt wird, dass das eine Hauptrolle spielt. Man kommt nicht ans WEF wegen eines Panels zum Naturschutz. Man kommt auch nicht ans WEF, um ernsthaft etwas gegen die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich zu tun. Man kommt ans WEF, um hinter verschlossenen Türen hinter den Kulissen Deals abzuschliessen. Seit 49 Jahren treffen sich die Reichen und Mächtigen hier und geben vor, die Welt zu einem besseren Ort zu machen – angeblich erfolgreich. Welchen Erfolg? Erfolg würde bedeuten, dass wir uns endlich für eine Gesellschaft entscheiden, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen und nicht der Profit von wenigen. Erfolg würde heissen, dass die Interessen der Natur und unseres Planeten und somit die Interessen der kommenden Generationen über den Interessen der Wirtschaft stehen. Doch solche Erfolge werden am WEF nicht zustande kommen. Die Corona-Zahlen gehen nach oben, und wir stecken mitten in der zweiten Welle. Anlässe wie die Luzerner Fasnacht werden abgesagt, was in der aktuellen Situation absolut Sinn macht. Für das WEF werden nun aber alle Hebel in Gang gesetzt, und es wird kein finanzieller Aufwand gescheut. Am letzten WEF gab Graubünden 9 Millionen Franken aus. Zusätzlich kamen 32 Millionen Franken vom Bund, unter anderem für die Luftraumüberwachung. Die anderen Kantone beteiligten sich auch mit Steuergeldern, obwohl das WEF finanziell so gut dasteht wie noch nie. 2017 hatte das WEF ein Vermögen von unglaublichen 308 Millionen Dollar. Das WEF selbst hat sich übrigens letztes Jahr mit 2,25 Millionen beteiligt. Es ist untragbar, dass Steuergelder in die Finanzierung dieses privaten Anlasses investiert werden. Viele Menschen haben gerade durch Corona mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Sie verlieren ihre Arbeit oder wissen nicht, wie sie die Krankenkassenprämien bezahlen sollen. Die SP will diese Menschen nicht allein lassen und mit ihnen Lösungen suchen. Das verstehen wir unter Politik für alle. Denn während den Multis den Hof gemacht wird und man keinen finanziellen Aufwand scheut, wird die restliche Bevölkerung massiv eingeschränkt. Diese Einschränkungen werden nicht nur auf dem Bürgenstock, sondern auch in Luzern spürbar sein. Die Begründung der Regierung, dass dies auch beim «Blueballs» und dem Luzerner Fest so sei, ist weit hergeholt, denn diese Anlässe sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Noch eines: Ich komme aus der Pflege. Könnten wir nicht fürs WEF klatschen und vielleicht diese Steuergelder in den Care-Sektor investieren oder in die Prämienverbilligung? Ich bitte Sie, dem Postulat von Samuel Zbinden zuzustimmen.

Adrian Nussbaum: Ich danke der SP und den Grünen für die klare Haltung zum WEF. Wegen ihres Verhaltens der letzten Monate und wegen des gestrigen Antrags, bei dem es um die Förderung der KMU ging, habe ich schon gedacht, sie hätten jetzt die Wirtschaftsförderung in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Heute haben sie dies relativiert.

Ja, das WEF hat zwei Seiten. Zur negativen Seite gehören die Sicherheit, die Kosten und dass viele Teilnehmende mit dem Flugzeug anreisen werden. Doch das müssen auch viele Touristen, die wir in Luzern gerne sehen. Ja, der Anlass wird die Bewegungsfreiheit einschränken. Dies machen andere Anlässe auch. Selbstverständlich können alle an die Fasnacht gehen, aber es gibt auch viele Luzernerinnen und Luzerner, welche das nicht wollen, und ihre Bewegungsfreiheit ist auch eingeschränkt. Mich stört an dieser Diskussion nicht die kritische Haltung. Ich glaube, es liegt in der Natur der Sache, dass man die Faktoren verschieden gewichten kann. Mich stört die kategorische Ablehnung. Damit wird die Wirtschaftsförderung der Linken entlarvt, diese verläuft nämlich nach dem Giesskannenprinzip an bevorzugte Unternehmen. Ich möchte die Rechnung von Samuel Zbinden nicht kritisieren. Aber ich ziehe den Vorschlag, dass man einen Impuls setzt, welcher 15 Millionen Franken an Wertschöpfung in unsere Region bringt, dem Vorschlag vor, dass man 10 Millionen Franken mit der Giesskanne verteilt. Mit dem kategorischen Nein zum WEF wird eine Schwarz-Weiss-Sicht unterstützt, und damit wird keine Wirtschaft gefördert.

Samuel Zbinden: Heidi Scherer hat von der Trennung zwischen Optimismus und Pessimismus gesprochen. Darum geht es nicht. Es geht um die Trennung zwischen Haltung zu zeigen für die Demokratie und Grundrechte oder den Buckel zu machen für Teilnehmende, welche die Menschenrechte und die Demokratie nicht ernst nehmen. Es geht darum, welche Form von Veranstaltungen wir wollen. Wir wollen internationale Zusammenarbeit in demokratischen Gremien wie der Uno und nicht Netzwerktreffen für Grossunternehmen. Ich danke Adrian Nussbaum für die Unterstützung meiner Rechnung. Er hat den Unterschied zwischen bürgerlicher und links-grüner Wirtschaftsförderung aufgezeigt. Die Bürgerlichen wollen internationale Grosskonzerne und die reichsten Luzerner Unternehmen fördern, wir setzen auf die KMU-Wirtschaft und wollen diese in der Krise fördern.

Patrick Hauser: Ich danke der Regierung für die Antworten und habe einige Ergänzungen zu den Ausführungen von Heidi Scherer. Zum Votum von Hasan Candan: Man solle den Anlass jetzt nicht planen. Wann dürfen wir denn wieder Anlässe planen, in einem halben Jahr, in einem Jahr oder in drei Jahren? Der Slogan «Luzern first» tönt super, aber was heisst das genau? «Luzerner Arbeitgeber first»? «Luzerner Arbeitnehmende first»? Gestern wollte man dieses Problem mit der Giesskanne lösen. Wir wissen im Gegensatz zu den Linken noch nicht, welche Personen am WEF teilnehmen werden. Zum Votum von Samuel Zbinden: Die Hotellerie und die Gastronomie sind bei uns noch immer in Privathand und keine Staatsbetriebe. Viele Arbeitsplätze in diesem Bereich sind im Moment unsicher. Dies spielt offenbar keine Rolle, wenn die falschen Gäste kommen. Von den Mitarbeitenden in diesem Bereich, auch wenn diese zum Teil ausserkantonale arbeiten, leben nicht wenige in unserem Kanton. Die erwähnte jahrelange Kritik am WEF kommt zudem hauptsächlich aus einer Ecke. Sara Muff hat von einem Theater gesprochen. Wir werden noch bei anderen Vorstössen über ein kostspieliges Theater sprechen. Die Forderung nach Geld für die Pflege zeigt das, was uns vorgeworfen wird, nämlich dass wir keine staatlichen Betriebe sind, sondern KMU, sonst müsste man uns Geld geben. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Marcel Omlin: Zum Votum von Samuel Zbinden: Soweit ich weiss, ist die Uno keine demokratische Veranstaltung, solange fünf Mächte dort befehlen können. Mit der Gewährleistung der demokratischen Grundrechte bin ich absolut einverstanden. Dies konnte man vor einigen Wochen trotz Verbot auf dem Bundesplatz sehen. Den Abfall musste dann die Stadt Bern wegräumen.

Simone Brunner: Zu den Voten von Adrian Nussbaum und Patrick Hauser: Ja, wir haben gestern 10 Millionen Franken Unterstützungsgelder im Voranschlag 2021 für Kleinstbetriebe, Kulturbetriebe und Kunstschaffende usw. gefordert. Ich würde gerne von Ihnen nach dieser Debatte hören, wie genau diese von einem WEF profitieren sollen. In dieser Diskussion werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich werde zuerst auf die beiden Anfragen eingehen, insbesondere auf Ihre

Voten. Zuerst zur aktuellen Situation in der Corona-Pandemie: Ich kann Sie beruhigen. Wir werden auf keinen Fall für das WEF ein Sonderregime einführen. Entweder lässt die Situation so etwas zu, oder sie lässt so etwas nicht zu. Insbesondere die Organisatoren und auch wir sind uns bewusst, dass es eine nicht unerhebliche Unsicherheit darüber gibt, ob diese Veranstaltung durchgeführt werden kann. Ich bin aber etwas erstaunt und gehe nicht davon aus, dass Sie bei den von Ihnen oft erwähnten Kulturbetrieben verlangen, auf die Planung des kommenden Jahres zu verzichten. Wir sind darauf angewiesen, dass die Wirtschaft und Veranstaltungen so weit wie möglich Planungen machen und mit der Unsicherheit umgehen. Kantonsrat Hasan Candan hat von einer Elite gesprochen. Heute geht man davon aus, dass Vertreter aus über 60 Ländern in die Zentralschweiz reisen werden. Wir haben eine völkerrechtliche Verpflichtung, für deren Sicherheit zu sorgen. Dass Sie den Slogan «Luzern first» verwenden, überrascht mich sehr. Ich würde das nicht machen, denn dies ist keine nachahmenswerte Aussage. Wieso das WEF? Was ist das WEF? Das World Economic Forum ist eine Plattform, auf der verschiedene Fragen diskutiert werden. Wenn wir an die Herausforderungen der heutigen Zeit in verschiedener Hinsicht denken, dann sind die Probleme komplex und können nicht einseitig gelöst werden. Es braucht eben Vertreter von Politik, Wirtschaft und Unternehmen, die sich gemeinsam an den Tisch setzen und Fragestellungen diskutieren. Unser Land hat eine Tradition als Vermittler, das hat die Schweiz schon oft unter Beweis gestellt. Ich glaube, es steht uns gut an, auch in diesem Zusammenhang eine Bühne für die Diskussion zur Verfügung zu stellen. Es ist richtig, dass die Anfrage von den Organisatoren zuerst an den Kanton Luzern ging. Wir haben aber Wert darauf gelegt, dass die Stadt Luzern umgehend mit einbezogen wird, und es ist nicht so, dass diese erst nach dem Entscheid des Organisators informiert wurde. Die Stadt Luzern wurde vor dem Entscheid mit ins Boot geholt, und wir werden sie ebenfalls prominent in die Projektsteuerung mit einbeziehen, weil wir uns bewusst sind, welche Auswirkungen so ein Anlass insbesondere für die Stadt Luzern hat. Zur Rechnung von Samuel Zbinden: Sie ist etwas sehr einfach. Gegenüber dem Tourismus, der Hotellerie, aber auch den Zulieferern dieser Branchen erachte ich diese fast schon als zynisch. Sagen Sie Ihre Haltung dem Hotelier, dem Restaurantbesitzer oder dem Detailhändler, der in der Stadt Luzern eine Umsatzeinbusse von nach wie vor bis zu 90 Prozent hat. Ob Ihre Milchbüchleinrechnung für diese einen Trost ist, wage ich zu bezweifeln. Wir sind der Meinung, dass der Tourismus, der Kongressstandort Luzern, aber auch die Wirtschaft froh sind um einen Impuls von einer solchen Veranstaltung. Das WEF ist eine private Organisation. Wir bezahlen nichts an die Durchführung des Anlasses, sondern wir sind lediglich für die Sicherheit verantwortlich. Dazu sind wir wie bereits erwähnt völkerrechtlich verpflichtet. Wir haben ein gemeinsames Ziel, nämlich die Stützung der Wirtschaft, aber das Vorgehen ist etwas unterschiedlich. Sie haben gestern einen Antrag gestellt, und der war nicht nur für Kultur- und Kleinstbetriebe, sondern auch für die Hotellerie und die Restaurants. Sie möchten direkt Geld ausbezahlen. Wir haben einen etwas anderen Ansatz, wir möchten einen Impuls setzen, damit die Wirtschaft belebt werden kann. Ich glaube, die Leute wollen in erster Linie arbeiten und nicht vom Staat unterstützt werden. Hier wurden sehr dramatische Formulierungen gewählt, die aber in der Realität nicht zutreffen. Sobald die finanziellen Kriterien und die Verhandlungsergebnisse bekannt sind, werden wir Ihren Rat entsprechend informieren und Ihnen einen entsprechenden Beschluss unterbreiten. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.